

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/ 93

Bonn, den 10. Oktober 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1

Distanzierung von Bonn

46

Zum Landesparteitag der CSU

2 - 4

Kommunale Finanzen und Verwaltungsreform

136

Ein Diskussionsbeitrag

Von Landrat Edwin Zerbe, Bad Hersfeld, MdB

5

GLOSSE:

32

Wimms leicht...

6

Das Wenner-Gren-Center

50

Beispielhafte Institution in Stockholm

Distanzierung von Bonn

Zum Landesparteitag der CSU

ap - Verlauf und Ergebnis des dreitägigen Landesparteitages der CSU in München liessen bei den Beobachtern den Eindruck entstehen, die CSU, die Schwesterpartei der CDU, habe mit Bonn nur wenig zu tun. Das Bemühen, sich von Bonn und der von Erhard geführten Bundesregierung zu entziehen, durchzog als roter Faden alle Beratungen. Hinter verschlossenen Türen gab es erregte Diskussionen und nicht wenige verlangten den Rücktritt der fünf CSU-Bundesminister, ein Verlangen, dem Franz-Josef Strauss durch ein halbjährig befristetes Ultimatum an Erhard die Schärfe nahm. Diese Frist wurde dem Bundeskanzler zur Klärung der personalpolitischen und Sachprobleme gegeben. Nütze er sie nicht, so riskiere er, dass die CSU die Konsequenzen ziehen werde.

Was immer auch unter dieser ominösen Drohung stecken mag, viel praktische Bedeutung kommt ihr nicht zu. Aber als Mittel ständiger Erpressung mag sie eine gewisse Wirkung ausüben und geeignet sein, die Position von Strauss innerhalb der brüchig gewordenen Union erneut aufzuwerten.

Die Distanzierung von Bonn durch die CSU erfolgt vor dem Hintergrund der bevorstehenden Landtagswahlen in Bayern. Auch diese Wahlen werden wie in Nordrhein-Westfalen zu einem grossen Teil unter bundesrepublikanischen Vorzeichen stehen. Der Schatten, der dieses Wahlergebnis über die CDU warf, reicht in jede bayerische Ecke. Die CSU möchte ihr Führungsmonopol als konservative Landespartei um jeden Preis erhalten. Sie tut nun so, als ob sie mit dem sich vor aller Augen abrollenden Desaster in Bonn nichts zu tun hätte, sie spielt die Rolle einer Oppositionsinnerhalb einer Koalition und verspricht sich davon den rettenden Erfolg. Doch nichts auf der Welt vermag sie von der Verantwortung für das, was wir in den letzten Monaten und Wochen an Bonner Regierungskunst erlebten, freizusprechen. Auch die CSU-Bundesminister stimmten den Regierungsentscheidungen zu, sie beschlosssen vor den Bundestagswahlen Gesetze, die später nach den Wahlen wieder zurückgenommen werden. Sie machten sich der Täuschung des Wählers schuldig.

Franz-Josef Strauss taktierte geschickt und zurückhaltend und empfahl sich als ein deutscher europäischer Staatsmann, der mit einer neuen Politik den Bonner Regierungskarren wieder in Trab bringen könnte. Seine Unterstützungszusage für Erhard bezog sich eindeutig auf die von ihm selbst, Strauss, entwickelten Thesen in der Finanz-, Wirtschafts- und Aussenpolitik.

Wird die so demonstrativ vorgetragene europäische Gesinnung auch die Wahlkampfstrategie der CSU bestimmen? Da sind wohl, legt man die Erfahrungen der bayerischen Landtagswahlen vor vier Jahren zugrunde, Zweifel angebracht und Überraschungen zu erwarten. Die CSU schaute damals nicht die Mobilisierung nationalistischer Instinkte, ihr Wahlauftritt mit antidemokratischen und sogar fremden-feindlichen Akzenten hatte es in sich. Wird sie nun angesichts harter Bedrängnis der Versuchung widerstehen können? Wir werden es bald wissen.

Kommunale Finanzen und Verwaltungsreform

Ein Diskussionsbeitrag

Von Landrat Edwin Zerbe, Bad Hersfeld, MdB

Es ist ein Verdienst eines der "fünf Weisen", des Vizepräsidenten der Deutschen Bundesbank, Dr. T r o e g e r, vor einiger Zeit in einer Rede auf den Zusammenhang zwischen den Problemen der kommunalen Finanzreform und einer gemeindlichen Verwaltungsreform hingewiesen zu haben. Aus dem Munde eines Mannes, der vor seiner jetzigen Tätigkeit als Finanzminister mit den Problemen der kommunalen Finanzen befaßt war und bereits in jungen Jahren kommunale Führungsstellen bekleidet hat, gewinnt dieser Hinweis besondere Bedeutung.

Verbilligung der Verwaltung ?

Die Gemeinden und Gemeindeverbände haben nicht genügend Geld, um die in den nächsten Jahren auf sie zukommenden dringenden Investitionsvorhaben zu verwirklichen. Bei ihnen ist die Deckungslücke am größten. Selbst wenn es gelingen sollte, den Vorschlag des Gutachters zur Finanzreform Wirklichkeit werden zu lassen, der den Gemeinden und Gemeindeverbänden insgesamt einen Betrag von jährlich 1,5 Milliarden DM zusätzlich geben will, wird die Schere zwischen Investitionsvorhaben und zur Verfügung stehenden Mitteln nicht geschlossen sein. Angesichts dieser Lage wäre zu überlegen, was die Gemeinden auch vor sich aus tun könnten, um mit Hilfe von Rationalisierungsmaßnahmen zu einer Vereinfachung und Verbilligung ihrer Verwaltung zu kommen. Das kann natürlich nur mit Hilfe der Länder geschehen durch entsprechende Anpassungen unseres vielscheckigen Kommunalrechts in der Bundesrepublik. Die Tatsache, daß wir in der Bundesrepublik rund 17 000 Gemeindeverwaltungen haben, von denen jede weniger als 1 000 Einwohner betreut, spricht nicht dafür, daß schon alle Möglichkeiten ausgeschöpft sind, um zu einer sparsamen und wirtschaftlichen Verwaltung zu kommen.

Komplizierter Aufgabenbereich

Es gibt aber auch noch andere Gründe, die für eine Zusammenfassung kleiner Gemeinden zu größeren Einheiten sprechen. Die Gesetzesmaterie, mit der sich der Kommunalpolitiker auch der kleinen Landgemeinde zu befassen hat, wird immer schwieriger und unübersichtlicher. Wer kann von einem ehrenamtlich tätigen Bürgermeister oder Gemeindevertreter einer kleinen Landgemeinde verlangen, daß dieser über die Einzelheiten des kommunalen Haushaltsrechtes oder gar über die Bestimmungen des Sozialhilfegesetzes und die vielen Novellen zum Lastenausgleich Bescheid weiß? Vielfach bleibt heute für den ratsuchenden Bürger nur der Weg zum Landratsamt in der Kreisstadt.

Fachleute glauben festgestellt zu haben, daß nur die Verwaltung einer Gemeinde mit mindestens 5 000 Einwohnern in der Lage ist, alle an sie gestellten Fachfragen zu beantworten und dabei gleichzeitig rationell zu arbeiten. Von den 24 307 kreisangehörigen Gemeinden der Bundesrepublik erfüllen jedoch nur 1 330 diese Bedingung. 22 977 kreisangehörige Gemeinden haben weniger als 5 000 Einwohner; 21 512 sogar weniger als 3 000.

Territorialreform?

Es ist fraglich, ob man so weit gehen kann wie Dr. Troeger, der vorgeschlagen hat, den im Gutachten zur Finanzreform vorgesehenen Zuschlag zur Einkommensteuer erst dann zu gewähren, wenn zuvor die Gemeindliche Territorialreform durchgeführt ist. Auf alle Fälle werden auch die glühendsten Anhänger der kommunalen Selbstverwaltung kaum bestreiten können, daß die heutige Gliederung der Gemeinden in der Bundesrepublik eigentlich nicht in das 20. Jahrhundert paßt. Von der verwaltungsmäßigen Seite her gesehen würde es einen ungeheuren Fortschritt bedeuten, wenn die in den Gemeinden unter 5 000 Einwohner lebenden 19,5 Millionen unserer Mitbürger in Zukunft nicht mehr von fast 23 000, sondern nur von etwa 2 500 oder allenfalls 4 000 Gemeindeverwaltungen betreut würden.

Enge Verbindung vom Bürger zur Verwaltung muß erhalten bleiben

Natürlich kann man die Dinge nicht nur von Standpunkt der Rationalisierung und der Verwaltungsvereinfachung allein betrachten. Der große Vorzug der kommunalen Selbstverwaltung liegt ja nicht zuletzt in der engen Verbindung und dem unmittelbaren Kontakt zwischen Bürger und Gemeindeorganen. Diese müssen auch in der Zukunft erhalten bleiben. Im Zeitalter der Motorisierung und bei der dichten Besiedelung selbst überwiegend landwirtschaftlicher Gebiete in der Bundesrepublik dürfte dieser enge Kontakt aber auch bei Gemeindegrößen von mindestens 3 000, möglichst 5 000 Einwohnern gewährleistet sein. Darüber hinaus sollte in allen Ländern die Möglichkeit geschaffen werden, in den größeren Gemeinden für einzelne Ortsteile Ortsbeiräte oder Verwaltungsausschüsse aus g e w ä h l t e n Vertretern der Bürgerschaft zur Vertretung der örtlichen Belange und Unterstützung der Verwaltung zu bilden. Diese in § 81 der Hessischen Gemeindeordnung vorgesehene Regelung hat in Hessen ihre Bewährungsprobe bestanden.

Es ist kein Zufall, daß der SPD-Parteitag 1966 in Dortmund eine vom Parteivorstand auf Empfehlung des SPD-Landkreisausschusses vorgelegte EntschlieÙung angenommen hat, in der es heißt:

- * "Die Länder sind aufgerufen, die kommunale Selbstverwaltung zu stärken. Sie müssen durch gesetzgeberische Maßnahmen und finanziellen Anreiz dafür sorgen, daß verwaltungskräftige und lebensfähige Gemeinden entstehen. Das mag in der Form von Großgemeinden, Saumgemeinden oder durch Ämterverfassung erreicht werden."

Auch die Landkreise sind angesprochen

Wie sieht es aber nun bei den Landkreisen aus? Ihre Anpassung an die im letzten Jahrhundert entstandenen örtlichen Wirtschaftsbereiche ist ebenso dringend notwendig wie die Auflösung der Kleinstkreise, deren Verwaltungs- und Wirtschaftskraft genauso ungenügend ist wie die der Kleinstgemeinden.

Andererseits ist eine Territorialreform bei den Landkreisen und ihre Anpassung an die bei den Untersuchungen zur Raumordnung und Landesplanung gewonnenen Erkenntnisse erst möglich, wenn die kreisangehörigen Gemeinden vorstehend geforderte Verwaltungskraft besitzen, die sie befähigt, ihre Aufgaben allein zu erfüllen. Eine Kreisverwaltung, die bisher 60 oder 70 ehrenamtlich verwaltete Gemeinden beraten und für diese viele Aufgaben wahrgenommen hat, die eigentlich von den Gemeinden selbst erledigt werden müÙten, kann es unmöglich

Übernehmen, in Zukunft etwa 200 oder 250 ehrenamtlich verwaltete Gemeinden in der gleichen Art zu betreuen. Die Durchführung der Territorialreform bei unseren kreisangehörigen Gemeinden ist also Voraussetzung für die Anpassung unserer Landkreise an die heutigen Verhältnisse.

Nicht schematisch!

Sicherlich werden dabei die Unterschiede in den Bundesländern eine große Rolle spielen. Ein Landkreis in einem ausgesprochenen Industriegebiet wird bei gleicher Flächengröße mehr Einwohner umfassen als etwa ein Landkreis im überwiegend ländlichen Raum. Eine gewisse Flächengröße sollte aber im Interesse einer wirtschaftlichen Verwaltungsführung und im Interesse des ratsuchenden Bürgers, der ja wegen vieler Dinge die Kreisverwaltung aufsuchen muß, nicht überschritten werden.

Die Vorstellungen über die Größe der Landkreise gehen deshalb naturgemäß sehr auseinander. Während die einen von einer Mindestgröße von 150 000 Einwohner für den Landkreis sprechen; sind Vorstellungen in Nordrhein-Westfalen von einer durchschnittlichen Größe von etwa 400 000 Einwohnern je Landkreis ausgegangen. Sicherlich wird man das eine sagen können, daß es einer Kreisverwaltung und einem Landratsamt ohne Schwierigkeiten möglich sein wird, etwa 40 hauptamtlich verwaltete Gemeinden in der Größenordnung von mindestens 3 000, möglichst 5 000 Einwohner zu betreuen sowie die für eine solche Einwohnerschaft notwendigen zentralen Einrichtungen zu schaffen und zu unterhalten. Das würde etwa den Vorstellungen der Reformers entsprechen, die eine Mindestgröße von 150 000 Einwohner für jeden Landkreis für erforderlich halten.

Auch zu der Frage einer Territorial- und Verwaltungsreform bei Landkreisen hat der SPD-Parteitag in Dortmund Stellung genommen in seiner EntschlieÙung, die Forderung enthält:

- * Die Landkreise sollen in ihrer Abgrenzung im Laufe der nächsten Jahre der Entwicklung der Nachkriegszeit angepaßt werden.
- * Unter Beachtung der topographischen und historischen Zusammenhänge sollen sie sich nach Möglichkeit mit dem örtlichen Wirtschaftsbereich decken. Eine gewisse Mindestgröße ist anzustreben.

* * *

Es wird nicht leicht sein, die vorstehend skizzierten Forderungen in der Neugliederung unserer Gemeinden und Landkreise zu verwirklichen. Manche gefühlsmäßige Bindung an die Tradition unserer Gemeinden und Gemeindeverbände, deren Grenzen vielfach seit andert-halb Jahrhunderten unverändert sind, werden sich entgegenstellen. Aber auch auf dem Gebiet der kommunalen Finanzen sollen neue Wege beschritten werden. Auf den Zusammenhang zwischen Finanzreform und notwendiger Territorialreform bei kreisangehörigen Gemeinden und Landkreisen hinzuweisen, soll Sinn dieser Ausführungen sein.

+ + +

GLOSSE:

Nimme leicht...

H.P.-er - Wenn im Bundestag finanz- und haushaltspolitische Fragen zur Debatte stehen, wenn etwa der SPD-Sprecher Dr. Alex Möller sich mit der chaotischen Finanzpolitik von CDU/CSU und FDP in den Jahren 1965/66 beschäftigt, pflegt sich in der Regel der pfälzische CDU-Abgeordnete Leicht anzuhängen. Herr Leicht versucht jedesmal, die parlamentarische Minderheit, die SPD, für die miserable Politik der Mehrheit mitverantwortlich zu machen. Zu leicht macht es sich Herr Leicht dabei vor allen deshalb, weil er geflissentlich übersieht, wie der Kanzler und die ihn tragenden Parteien im Wahljahr 1965 steif und fest behaupteten, mit den Bundesfinanzen sei und bleibe es gut bestellt.

Herrn Leicht fällt es offenbar sehr schwer, sich daran zu erinnern, daß Kanzler Erhard beispielsweise noch am 13. August 1965 auf einer Wahlreise durch Hessen den Bürgern empfohlen hat, es "nicht ernst, sondern heiter zu nehmen, wenn die SPD von einer drohenden Finanzkrise spreche. Mit diesen schönfärberischen Methoden wurden dann schließlich nochmals die Wahlen gewonnen.

Herr Leicht vergißt aber auch, daß CDU/CSU mit ihren Wahlgeschenken während des Sommers und Herbstes 1965 - vom Mutterschutzgesetz bis zur Ausbildungsbeihilfe - gewaltig Propaganda machte, ohne dabei auf die Initiativen der SPD, etwa bei der Verbesserung des Mutterschutzes, auch nur mit einem Worte einzugehen. Mit anderen Worten: Vor den Wahlen war alles, was aus Bonn an Geschenken kam, das Werk von Regierung und Koalition, nach den Wahlen - als den düpierten Wählern die Geschenke wieder weggenommen werden mußten - erinnern sich die Herrn Leicht und Co. der parlamentarisch-politischen Mitverantwortung der Opposition, die kein Sozialdemokrat je in Zweifel gezogen hat. Aber an die SPD dürfen sich Herrn Leicht und die CDU/CSU nicht nur dann erinnern, wenn es gilt, die Folgen einer Politik zu beseitigen, deren falscher Darstellung er es vielleicht zuzuschreiben hat, im September 1965 wieder gewählt worden zu sein...

Das Wenner-Gren-Center

Beispielhafte Institution in Stockholm

sp - Im 25 Etagen großen Hochhausstrakt, im Wenner-Gren-Center in der City von Stockholm, hat die schwedische Abrüstungsbotschafterin Alva Myrdal mit einer Experten-Kommission internationaler Wissenschaftler Mitte September ihre Arbeit aufgenommen. Der Forschungsauftrag lautet, Methoden zu entwickeln, die es künftig ermöglichen, Konflikte auf der Welt schon auf einer Stufe zu bereinigen, wo das noch möglich ist. An der Seite von Frau Myrdal stehen der Stockholmer Professor Bek, der Prager Professor Ivan Malek, der Londoner Professor Rotblat, der Niederländische Professor Röling und dessen Kollege Sannes aus Norwegen.

Das Wenner-Gren-Center ist 1963 seiner Bestimmung übergeben worden nachdem der schwedische Industrielle Wenner sechs Millionen Mark für das Projekt gab und der schwedische Staat sowie die Stadt Stockholm weitere 30 Millionen DM bereitstellten. Inzwischen arbeiten in diesem Zentrum Wissenschaftler aus 35 Staaten an den verschiedensten Problemen. Irgendwelche Richtlinien hat die schwedische Regierung nicht festgelegt, so daß man quasi von einem Paradies für Forscher sprechen kann.

Im August 1964 feierte Schweden den 150. Jahrestag des letzten Friedensschlusses, des Waffenstillstands mit Norwegen. Seitdem herrscht in Schweden Frieden. Seitdem wünscht man aber auch der übrigen Welt, in Frieden zu leben. So regte der sozialdemokratische Ministerpräsident Tage Erlander 1964 ein internationales Institut an, das sich voll und ganz den Fragen widmen sollte, wie man die Voraussetzungen für den weltweiten Frieden wissenschaftlich ergründen kann.

Das Wenner-Gren-Center war das geeignete Domizil für das neue "Institut für Frieden- und Konfliktforschung". Die Wissenschaftler haben bereits damit begonnen, Meßmethoden für die seismische Aufdeckung unterirdischer Kernwaffenversuche zu entwickeln. Das Überirische Verbot von Kernwaffen-Experimenten auf internationaler Vertragsbasis soll jetzt durch neuartige Meßmethoden so komplementiert werden, daß zumindest eine moralische Achtung für den Staat einsetzt, der Atomwaffen unter der Erde zur Explosion bringt. Es geht darum, frühzeitig die Merkmale der nationalen Massenhysterie von Massenmedien zu erkennen, um möglicherweise auf internationalen Vertragsgrundlagen Bestimmungen zu finden, durch welche diese Hysterie in Zaum gehalten werden kann.

Diese und andere Aufgaben einer wissenschaftlichen Friedensforschung sind nunmehr in Stockholm in Angriff genommen worden. Frau Myrdal ist sich völlig darüber im klaren, daß ihr Instinkt kein Patentrezept zur Beseitigung von Kriegen erfinden kann. Sie kann aber den Vereinten Nationen und den internationalen Konferenzen fundierte Vorschläge machen, wonach es möglich sein könnte, Konfliktsachen auf einem sehr niedrigen Niveau auszuschalten.

Es ist für die Vereinten Nationen wichtig, zu wissen, in welchem Staat plötzlich sehr viele Atombomben unter der Erde explodieren oder in welcher Gegend der Welt plötzlich völlig losgelöst vom Wahrheitsgehalt Massenmedien mit unqualifizierten Angriffen auf den Nachbarstaat einsetzen.